

Protokoll

Nr. 19

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom Donnerstag, den 25.04.2024.

Durch Einladung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vom 19.04.2024, bereitgestellt im Internet unter www.neu-anspach.de am 19.04.2024 - veröffentlicht im Usinger Anzeiger vom 20.04.2024, waren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung unter Angabe der Stunde und des Ortes der Versammlung sowie der Gegenstände der Beschlussfassung auf den 25.04.2024 zur Sitzung in das Bürgerhaus im Ortsteil Anspach einberufen worden.

Die Einladung ging mindestens 5 Tage vor der Sitzung zu.

Sitzungsbeginn: 20:03 Uhr

Sitzungsende: 21:28 Uhr

Anwesend waren:

I. Bellino, Holger, **Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung**

II. die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung:

1. Höser, Roland
2. Kirberg, Till
3. Lauer, Jonathan
4. Töpferwien, Bernd
5. Bolz, Ulrike
6. Gemander, Reinhard
7. Hoffmann, Klaus
8. Kraft, Uwe
9. Löffler, Guntram
10. Muschter, Jan
11. Scheer, Christian
12. Dr. Selzer, Dieter
13. Stöckl, Charlotte
14. Ziegele, Stefan
15. Eisenkolb, Anke
16. Scheer, Cornelia
17. Schirner, Andreas
18. Schirner, Regina
19. Utterodt, Anja
20. Birk-Lemper, Karin
21. Fleischer, Hans-Peter
22. Ernst, Tobias
23. Jäger, Thomas
24. Lurz, Günther
25. Komma, Nicole
26. Dr. Kulp, Kevin
27. Rahner, Judith
28. Siats, Günter
29. Zunke, Sandra

III. vom Magistrat

Strutz, Birger (**Bürgermeister**)
Bletz, Manfred
Bosch, Corinna
Dr. Göbel, Jürgen
Lauer, Jan
Meyer, Horst
Planz, Sascha

Scheer, Volker
Schöneich, Joachim
Schubert, Gabriele
Stempel, Jürgen

IV. von der Verwaltung

V. Schriftführer

Schnorr, Mathias

B. Es fehlten

I. die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung

Holm, Christian
Weber, Matthias
Dr. Henritzi, Patrick
von der Schmitt, Christian
Müller, Marcel
Schmidt, Fabian

II. vom Magistrat

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, eröffnet die Sitzung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass die Kollegen Dr. Patrick Henritzi, Christian von der Schmitt, Marcel Müller, Matthias Weber und Christian Holm entschuldigt sind. Gleichzeitig begrüßt er ein neues Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung, Herr Jonathan Lauer, Mitglied in der b-now-Fraktion als Nachrücker für Arthur Otto. Er heißt ihn Herzlich Willkommen und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende möchte auch noch darauf hinweisen, dass ein früheres Mitglied der damaligen Gemeindevertretung, Wolfgang Thürauf, verstorben sei. Wolfgang Thürauf war nur eine kurze Zeit in der Gemeindevertretung als Vertreter der FDP, etwa für eineinhalb Jahre. Das sei auch schon viele, viele Jahre her. Es wurde auch eine entsprechende Traueranzeige geschaltet. Aber darüber hinaus war Wolfgang Thürauf ein sehr engagierter Mitbürger in der Stadt. Gerade auch jetzt im Jubiläumsjahr war er sehr engagiert im Festkomitee. Insofern sei man natürlich in Gedanken bei ihm. Und man war, wie viele seiner Freunde und Mitstreiter in den verschiedenen Vereinen, ebenfalls sehr, sehr betroffen, als man von seinem Ableben hören musste.

Stadtverordneter Dr. Kevin Kulp beantragt, den Tagesordnungspunkt 5.4, „Taunusbahn-Desaster“ in den Bereich „mit Aussprache“ zu ziehen. Der Vorsitzende schlägt vor, diesen TOP dann am Ende der regulären Tagesordnung im Bereich „mit Aussprache“ zu behandeln. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. **Genehmigung der Niederschrift Nr. XIII/18/2024 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.03.2024**

Beschluss

Die Niederschrift Nr. XIII/18/2024 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.03.2024 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Beratungsergebnis: 27 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

2. Anträge

2.1 **Antrag der SPD-Fraktion auf Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren für das Förderprogramm "Demokratie Leben!" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kontaktaufnahme mit umliegenden Kommunen mit dem Ziel, eine gemeinsame Antragstellung anzustreben**

Vorlage: 76/2024

Für die antragstellende SPD-Fraktion stellt Stadtverordnete Judith Rahner den Antrag vor. Bei diesem Förderprogramm des Bundes gehe es ganz konkret darum, lokale Projekte vor Ort, regionale Projekte gegen Radikalisierung und Extremismus zu fördern, um die demokratischen Strukturen im Ort zu stärken. Es sei eine Fördersumme von jährlich bis zu 140.000 Euro, die man bekommen würde. Und der Eigenanteil betrage eine halbe Stelle, wobei das ab 15.000 Einwohner zähle. Das heißt, die Stadt Neu-Anspach müsse sich mit mindestens einer weiteren Kommune zusammenschließen, um es zu beantragen und dann eben auch den Eigenanteil dieser halben Stelle tragen. Man sehe das als eine ganz wichtige Chance. Sie glaubt, die Demo für Demokratie habe hier auch gezeigt, dass es ein Thema ist, was die Menschen bewegt. Dementsprechend sehe der Antrag vor, den Magistrat damit zu beauftragen, an der Interessenbekundung teilzunehmen. Und es sei der SPD-Fraktion wichtig, es nicht in die Ausschüsse zu verweisen, weil das Interessenbekundungsverfahren bereits Ende Mai starte. Sie bittet natürlich um breite Zustimmung.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz erklärt, man habe natürlich diesen Tagesordnungspunkt, wie alle Tagesordnungspunkte, in der Fraktion diskutiert und festgestellt, es sei sehr richtig in dem Antrag der SPD-Fraktion formuliert, dass die Demo, die vor einiger Zeit stattfand, gezeigt hat, dass großes Interesse, breites Interesse auch in der Bevölkerung vorhanden ist. Gleichwohl beschließen man hoffentlich heute auch die Gründung des Jugendforums und sehe das als ersten Schritt in Richtung „Demokratie leben“. Man wisse, dass in den Grundschulen die Demokratie schon lebt, weil es dort die Parlamente schon gibt und man freue sich darauf, in Zukunft eine breite demokratische Bewegung auch bei den Kindern, auch der weiterführenden Schulen, zu haben. Das nehme sie schon mal vorweg. Weiter sei für die Teilnahme die Einwohnerzahl mit 15.000 festgesetzt. Das erfülle nun Neu-Anspach nicht. Insofern müssten weitere Kommunen gefunden werden, die bereit sind, mitzumachen. Und solange bis das geklärt sei, möchte die CDU-Fraktion den Antrag eigentlich gerne schieben. Sollte das Schieben nicht möglich sein, werde man sich enthalten.

Stadtverordnete Regina Schirner, Fraktionsvorsitzende von Bündnis '90/Die Grünen, findet den Antrag gut. Man habe da auch ausführlich drüber beraten. Das Thema sei wichtig. Das Thema habe großes Interesse in der Bevölkerung gefunden und man sollte da auf jeden Fall am Ball bleiben. Auch ihre Fraktion habe ein bisschen Bedenken, ob man das alles so auf die Reihe kriege mit noch einer weiteren Kommune, dass man diese findet. Das müsse erst geprüft werden. Außerdem sei Voraussetzung eine halbe Stelle, die man nicht habe aktuell, die neu geschaffen werden müsste. Das wäre eigentlich dann ein Thema für die nächsten Haushaltsberatungen. Und die SPD-Fraktion schreibe zweimal in Punkt 1 und in Punkt 2 „anzustreben“. Das klingt für sie doch sehr nach Prüfung. Deshalb würde sich ihre Fraktion wünschen und beantragt, das als Prüfantrag zu machen.

Stadtverordnete Judith Rahner nimmt Bezug auf den letzten Satz der Kollegin Schirner, das als Prüfantrag zu formulieren. Nach ihrem Verständnis würde es dann aber nicht mehr reichen, einen Beschluss zu haben, um am Interessenbekundungsverfahren teilzunehmen. Genau deswegen habe man es so formuliert, wie es jetzt ist. Es sei ja völlig klar, dass die Voraussetzung ist, dass man eine andere Kommune findet und dass das nicht sicher ist. Aber wenn man es nicht versuche, dann sei es auf jeden Fall sicher, dass es nicht klappt. Deswegen plädiere man weiterhin dafür, zumindest zu versuchen, möglichst schnell eine andere Kommune zu finden und dann auch noch an der Interessenbekundung teilzunehmen. Die SPD-Fraktion wisse auch, dass es andere Kommunen gibt, die ähnliche Bestrebungen haben, sodass man da eine realistische Möglichkeit sieht, die zu finden und dann auch noch an der Interessenbekundung teilzunehmen.

Stadtverordneter Bernd Töpperwien von der b-now-Fraktion erklärt, man werde diesen Antrag unterstützen. Und er möchte noch mal darauf eingehen, was die Kollegin Bolz eben hervorgehoben hat. Ja, Jugendliche seien sicherlich ein ganz wichtiger Punkt, der in diesem Antrag Berücksichtigung finden muss. Aber er gibt zu bedenken, dass gerade die ältere Generation im Moment ziemlich viel Frust schiebe und auch dort Radikalisierungstendenzen auftreten. Das sei etwas, was man in früheren Jahren nicht beobachten konnte. Da war es überwiegend die Jugend. Man sollte dieses Thema wirklich breitflächig angehen. Und er gehe nicht davon aus, dass man Schwierigkeiten haben wird, Kommunen zu finden, die den Antrag mittragen.

Stadtverordnete Regina Schirner hat noch eine direkte Nachfrage. Wenn man jetzt dem Interessenbekundungsverfahren beitrete, heißt das sicherlich noch nicht, dass es dann auch komplett umgesetzt wird. Muss es umgesetzt werden, auch wenn man keine andere Kommune findet?

Stadtverordnete Judith Rahner antwortet, wenn man natürlich die Voraussetzungen nicht erfülle, dann sei ja der Beschluss eh nichtig, weil das eine notwendige Voraussetzung ist, gemeinschaftlich im konkreten Fall die 15.000 Einwohner zu erreichen. Von daher sei die SPD-Fraktion nach wie vor der Meinung, dass man mit diesem Antrag und mit diesem Beschluss jetzt nichts falsch mache. Das Einzige, was man falsch machen könne, sei jetzt aus falscher Besorgnis heraus nichts zu entscheiden und die Förderung für so ein wichtiges Thema entgehen zu lassen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, zieht Stadtverordnete Regina Schirner den Antrag um Umwandlung in einen Prüfantrag zurück. Er lässt über den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, am Interessenbekundungsverfahren für das Förderprogramm „Demokratie Leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilzunehmen und eine Förderung der Stadt Neu-Anspach für die nächste Förderperiode (2025 – 2032) anzustreben.

Um die Teilnahmeberechtigung (Einwohnerzahl von mindestens 15.000; Kooperation zwischen Kommunen ausdrücklich möglich) zu erreichen, wird der Magistrat weiter beauftragt, mit umliegenden Kommunen Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel eine gemeinsame Antragsstellung anzustreben.

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 13 Stimmenthaltung(en)

2.2 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und des FDP-Stadtverordneten auf Prüfung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) in den Aufgaben und Prozessen der Stadtverwaltung

Vorlage: 77/2024

FDP-Stadtverordneter Stefan Ziegele spricht zum Antrag. Er müsse natürlich dazu sagen, gleich vorneweg, der Antrag sei relativ komplex abgefasst. Er bittet um Entschuldigung. Er werde versuchen, jetzt in einem Wortbeitrag diesen Antrag etwas transparenter zu machen, weil es natürlich auch Schwerpunkte gebe, auf die beide Fraktionen Wert legen. Im Februar 2022 hatte man den ersten Antrag zur Digitalisierung der Verwaltung gestellt. Da ging es damals um das OZG, das Onlinezugangsgesetz, worin gebeten wurde, dieses doch in seiner Gänze umzusetzen. Da sei viel erreicht worden. Eine bewundernswerte Arbeit sei erreicht worden. Man sei in der Zwischenzeit schon relativ nah am Ende. Nicht in allen Punkten, aber da könnte vielleicht der zweite Antrag auch helfen. Lag seinerseits der Schwerpunkt dieses Projekts auf der Interaktion zwischen Bürgern und Verwaltung, so habe man mit dem neuerlichen Antrag eher die Verwaltung selbst im Fokus. Dabei ganz besonders eine effiziente Informationsgewinnung durch künstliche Intelligenz und Prozessautomation. Es sei wichtig, dass die Stadt beide Themen künftig im Auge behält und die vorgeschlagene Bedarfsprüfung durchführe. Nicht zwingend alleine, sondern durchaus in Zusammenhang mit Dienstleistern, wie beispielsweise der Ekom21, dem Digitalen Verbund, das ist die Modellstadt Usingen und ihre angeschlossenen Städte, und auch mit dem Digitalbeauftragten des Landes selbstverständlich. Es sei das Ziel, dass wertvolle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich weniger Standardprozessen und Routinen widmen müssen, sondern ein Potenzial bekommen, sich an neue Bedarfe anzupassen. Beispielsweise in den Bereichen Klima, Energie, Sicherheit, Mobilität und Migration. Themen, bei denen man einen soliden, weitgefassten Hintergrund brauche. In Bereichen, wo die Pfade auch noch nicht ausgetreten seien, sondern neues Wissen und Gestaltungsspielraum mehr gefragt sei als bürokratische Abläufe. Diese neue Digitalität nicht zu nutzen, werde den Zielen einer technologieoffenen Kommune nicht gerecht. Selbstverständlich sei man nicht uneingeschränkt technologiegläubig und fordere für den möglichen KI-Einsatz auch, dass die Systeme mit der notwendigen Umsicht, Vorsicht und Weitsicht eingesetzt werden. Prüfmöglichkeiten habe man in dem Beschlussvorschlag aufgelistet als Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder eine weitere Verpflichtung. Den möglichen Ertrag für die Stadt sehe man hauptsächlich in einer besseren Einteilung von Ressourcen in Bezug auf Zeitmanagement, Zufriedenheit und Ergebnisqualität. Auch wenn vieles von dem, was beschrieben sei, noch in

der Zukunft liege, so halte man es doch für unerlässlich, sich heute, und zwar bereits heute, bestmöglich darauf vorzubereiten. Darauf ziele der Antrag ab.

Bürgermeister Birger Strutz antwortet, er sei ein Fan von KI. Er arbeite schon seit einiger Zeit mit diversen Tools. Er berichtet, OZG 2.0 sei vom Bundesrat aktuell gestoppt worden. Das Gesetz drehe gerade noch eine Ehrenrunde. Er sei echt gespannt, was dabei rauskommt. Vielleicht hat der Gesetzgeber festgestellt, dass der Weg, der jetzt eingeschlagen ist, doch nicht ganz so der richtige ist. Das sei sein vermuteter Hintergrund dazu. KI in der öffentlichen Verwaltung, dazu gebe es aktuell in der Zeitschrift „Kommunal“ einen Artikel. Den empfand er als sehr spannend. Vorweg hält er fest, er möchte hier nichts wegreden oder blockieren. In dem Artikel stehe, bei der Textassistenten ist es in der Verwaltung im Moment gut, auf KI zu gehen, dort zu testen. Man sage aber auch, er zitiere jetzt aus dem Artikel „für kleine Kommunen seien landesweite Lösungen sinnvoller. In Hessen soll eine Basisversion von Chatbot Sophia im nächsten Jahr allen hessischen Kommunen kostenlos bereitgestellt werden. Die Datengrundlage des Chatbots pflegen die Kommunen über das Landesredaktionssystem Hessenfinder gemeinsam“. Er wiederholt es noch mal, er findet den Antrag nicht schlecht. Er empfiehlt aber, hier auf die Landeslösung zu warten. Zumal man da auch den Hessenfinder, der eh aktiv sei momentan und von allen Kommunen genutzt werde, einbinden könne. Das würde die ganze Arbeit für die Verwaltung und die Bearbeitung des Antrages erleichtern.

Stadtverordneter Jan Muschter von der CDU-Fraktion führt aus, zur KI wurde eben schon gesagt, es ist derzeit ein Schlüsselwort. Es sei in aller Munde. Da liege natürlich so ein Antrag nahe. Der Antrag habe auch absolut seine Berechtigung. Aber was er suggeriere ist, dass man in kurzer Zeit oder dass man mit vertretbarem Aufwand große Erfolge erzielt. Und das sei eben für diese Sachen, die hier angesprochen sind, unheimliche Datenmengen, die verarbeitet werden müssen, was mit großen Folgekosten verbunden ist. Und das sei halt ein sehr weiter Weg. Es wurde eben ausgeführt, es werden auf übergeordneter Ebene beim Land Hessen Dinge entwickelt. Beim Bund selbst, überall werde an Lösungen gearbeitet, die dann auch irgendwann den Kommunen bereitgestellt werden, sodass die Kommunen davon profitieren können. Damit würde, wenn man jetzt diese Prüfung angeht, die durchaus wichtige Arbeit in der Digitalisierung, es wurde ja eben gelobt, dass man da große Erfolge erzielt hat, behindert und verzögert werden. Man habe in der Verwaltung eine Person, die sich hauptsächlich mit den EDV-Themen beschäftigt. Die müsste dann auch diesen Antrag bearbeiten und das würde diese wichtige Ressource über Wochen, wahrscheinlich Monate, binden, sodass es dem Gesamtziel, die Digitalisierung weiter voranzutreiben, entgegenstehen würde. Daher sei dieser Antrag nach Meinung der CDU-Fraktion schlicht zu früh. Man sollte warten, bis übergeordnete Stellen da noch weitergegangen sind. Deswegen bittet man darum, den Antrag zurückzuziehen. Ansonsten werde ihn die CDU-Fraktion heute hier ablehnen.

Stadtverordneter Bernd Töpferwien von der b-now-Fraktion erklärt, er müsse den Aussagen des Kollegen Muschter ein bisschen widersprechen. Der Antrag selber sei nicht zu früh und er sei jetzt auch nicht abzulehnen, weil es sind dort wichtige Punkte drin, die helfen werden, mit anderen zusammenzuarbeiten. Wenn er die ersten beiden Spiegelstriche hier sehe, dann geht es erstmal darum, Potenzial abzuklären. Potenzial abklären sei ganz wichtig, weil man dann, wenn man weiß was man braucht, auch noch in die Diskussion mit anderen gehen kann, ganz speziell mit übergeordneten Stellen, die sich um Einheitslösungen bemühen. Einheitslösungen seien nach seiner Meinung das, was man braucht. Es müssen Lösungen geschaffen werden, die man in Hessen oder noch besser in Deutschland flächendeckend nutzen könne. Dann sei es sicherlich auch sinnvoll, wenn man da einen gewissen Input geben kann. Die b-now-Fraktion wird auch diesen Antrag grundsätzlich unterstützen. Allerdings möchte man die ersten beiden Punkte losgelöst vom Rest bearbeitet wissen. Das erhebt er hiermit auch zum Antrag.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino fragt nach, was heißt getrennt bearbeitet. Könne man darunter „mit Priorität“ verstehen?

Stadtverordneter Bernd Töpferwien antwortet, mit Priorität, bevor der Rest, also das eigentliche Projekt, was dann folgt, angestoßen werde.

Der Vorsitzende bittet darum, dass die antragstellenden Fraktionen signalisieren, ob sie das mitnehmen oder ob man darüber getrennt abstimmen müsse.

Stadtverordnete Anke Eisenkolb von der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen findet, prinzipiell sei Digitalisierung und auch KI und Chatbots eine tolle Sache. Wenn sie sich aber angucke, dass hier in der Verwaltung exakt eine Person die IT-Abteilung stemmen muss und man davor erstmal die gesamten Business-Prozesse analysieren müsse, um überhaupt zu wissen, wo man automatisieren kann, dann sei das nicht machbar. Wenn sie sich dann noch überlege, dass andere Firmen, die sich damit auseinandersetzen, Unternehmensberatungen mit hinzuziehen, weil die Machbarkeitsstudien, also diese Phase Null im Prinzip, durchzuführen enorm viel Zeit fresse, sei das in der Verwaltung nicht zu stemmen. Dann finde sie das, auch in Bezug auf finanzielle

Auswirkungen, wenig förderlich. Sie würde eher sagen, man wartet tatsächlich bis Sophia als Lösung des Landes Hessen kommt und schaut dann, wie man das in Neu-Anspach einsetzen kann.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp führt aus, man habe den Antrag zusammen mit der FDP gestellt, weil es seiner Fraktion grundsätzlich erst einmal darum ging, die Diskussion über die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, die ja zum Teil schon laufe, aber auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Stadtverwaltung in Gang zu setzen bzw. auch zu einer Befassung damit anzuregen. Insofern nehme er Stellung zuerst zu den Änderungsvorschlägen, den Vorschlag von der b-now würde man mitgehen, da es sich ja hier nur um eine Priorisierung handelt. Man würde da zwar grundsätzlich davon ausgehen, dass die Verwaltung selbst weiß, welche Prioritäten sie wie setze, wenn das beschlossen wird. Aber der Antrag sei insoweit aus Sicht seiner Fraktion unschädlich, den würde man mit beschließen. Sonst würde man allerdings an dem Antrag festhalten und auch eine Beschlussfassung heute Abend anregen und zwar aus folgendem Grund. Zum einen sei es ja keinesfalls so, dass die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und der Einsatz von KI in der Verwaltung zwei getrennte Paar Schuhe sind. Sondern es sei ja durchaus so, dass gewisse Projekte ja durchaus, in beiden Anwendungsfällen dann auch zum Einsatz kommen könnten. Das bedeute, wenn man jetzt erst sagt, man entwickelt die Digitalisierung zu Ende, ohne künstliche Intelligenz, dann könnte es sein, dass man am Ende dieses Arbeitsprozesses von vorne anfangen kann, weil einfach die Entwicklung durch künstliche Intelligenz weiter vorangeschritten ist. Zur Anregung des Bürgermeisters bestätigt er, dass es richtig sei, was gesagt wurde. Insofern würde er aber vorschlagen, man könne den letzten Punkt dieses Antrags, der sich auf den Einsatz von Chatbots bezieht, um das ergänzen, dass man eben damit abwartet, bis ein entsprechendes Landesprogramm besteht. Das halte er auch für sehr richtig, zumal ja ohnehin bei den meisten Anwendungsprozessen die Ekom21 eingebunden werden müsse oder eingebunden werden sollte. Und insofern sei das kein Widerspruch zu dem Antrag, weil natürlich auch die technischen Voraussetzungen bei der Stadt vorliegen müssen, dass sie das bearbeiten kann.

Stadtverordneter Till Kirberg findet, das sei ein sehr interessanter Antrag, weil er unheimlich viele Möglichkeiten bietet und zwar nicht nur innerhalb des Rathauses, sondern zum Beispiel auch in Richtung Stadtwerke, die betreiben das städtische Trinkwassernetz. Das sei gut, das funktioniert, aber man habe immer wieder mal kleine Leckagen. Diese finden die Wasserwerker auch in der Regel ganz gut, wenn man da jetzt aber noch künstliche Intelligenz einsetzt. Man habe ja bereits Funkzähler und wenn man diese Werte, die diese Funkzähler in Regelmäßigkeit ausgeben, mit der künstlichen Intelligenz belegt, dann würde man unter anderem die Möglichkeit haben, dass Leckagen früher erkannt werden und damit deutlich geringere Wasserverschwendung geschehe. Das sei erstens ressourcenschonend und zweitens spare es der Stadt richtig Geld, weil man zahlt jeden Kubikmeter von Hessenwasser und aus den städtischen Brunnen und jeder Kubikmeter, der hier nicht versickert, aus Leckagen, der spart richtig Geld. Er würde also gerade in den ersten beiden Spiegelstrichen auch die Prüfung in Richtung Stadtwerke sehen und er sei fest überzeugt, dass der Wassermeister da sicherlich schon mindestens zwei oder drei Antworten hat auf Fragen, die man sich heute noch gar nicht stellt. Er sei wirklich überzeugt, wenn man da noch ein bisschen was in Richtung künstliche Intelligenz investiert, könne man da richtig Ressourcen sparen.

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper sagt, sie sei jetzt nicht die Fachfrau für KI, das sei auch nicht ihr Ziel, sondern es geht hier um den Antrag. Sie müsse das jetzt auch nicht wissenschaftlich belegen, was sie jetzt beantragt. Sie beantragt, das was der Bürgermeister eben vorgetragen habe, das mache ihr als Stadtverordnete für Neu-Anspach, als Nicht-Fachfrau, Sinn, mit in den Auftrag aufnehmen. Es solle festgeschrieben werden, dass man auf die Landeslösung wartet. Niemand wolle etwas verhindern, sondern es wissen ja alle, dass man damit leben wird und auch wahrscheinlich gut damit leben wird.

Der Vorsitzende trägt vor, er wisse jetzt nicht genau, was der Antrag wirklich bedeutet. Bedeutet der, dass man wartet, bis das Landesprogramm Sophia da ist oder dass da landesweite Lösungen angedacht sind oder vorgestellt werden und man legt den Antrag so lange auf Eis. Das wisse er jetzt nicht, ob das zielführend ist. Wenn man das wolle, dann wartet man, bis die landesweite Lösung da ist und stellt dann den Antrag. Aber das müssen beide Antragsteller dann sagen, ob man das macht, dass man den zunächst beschließt und sagt, der liegt dann auf Halde so lange, bis die landesweite Lösung da ist.

FDP-Stadtverordneter Stefan Ziegele ist der Meinung, es sei ja sehr viel Positives gesagt worden. Er stehe natürlich vollkommen zu der Aussage vom Bürgermeister, dass das Programm kommt und dass man das auch weiß, dass das in absehbarer Zeit kommt. Trotzdem würde er es um die gerade gestellte Frage so beantworten, man wartet nicht, sondern man rege diese Diskussionen, diese Gespräche an, die zwischen der Stadt Neu-Anspach und vielleicht Usingen, diesem Verbund, diesem Digitalverbund und anderen Playern in dem Zusammenhang geführt werden müssen. Das führe langsam ran an das Thema. Er sei kein Freund davon zu sagen, die Verwaltung ist dazu nicht in der Lage. Die Verwaltung habe gezeigt, dass sie durchaus zu solchen Dingen in der Lage ist und er traue ihr da sehr viel zu. Ganz wichtig sei auch, man habe keinen Zeithorizont genannt. Das sei nicht etwas, was morgen stehen muss. Das könne es gar nicht. KI und Prozessoptimierung

seien, wie es die Kollegin Eisenkolb richtig gesagt hat, komplizierte Zusammenhänge und das müsse langsam passieren, damit es gut passiert und er glaubt, Sophia werde unterstützend wirken, werde aber auch da noch einige lokale Dialekte brauchen und dazu brauche man die Ekom21, da brauche man eben dann Leute, die auch jetzt wie im OZG Dinge entwickeln.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz führt aus, sie habe den Bürgermeister so verstanden, dass er anregt, zu warten, sonst hätte er das ja nicht vorgetragen. Sie gibt den Hinweis an alle, die sich hier für die Umsetzung dieses Antrages zum jetzigen Zeitpunkt aussprechen, es sei schon breit vorgetragen worden, die Kollegin Eisenkolb habe es gesagt, alle Stadtverordneten wissen es, es gebe eine Person in der Verwaltung, die sich um die Ekom21, um die EDV und das Thema Digitalisierung kümmert. Und jetzt solle dann auch noch KI dazukommen. Sie fragt, wie das gehen soll. Das funktioniere nicht. Daher beantragt sie für die CDU-Fraktion, dass man wartet, bis Sophia vom Land Hessen kommt. Der Bürgermeister habe vorgetragen, dass es kostenlos für die Kommunen kommt, so ist es avisiert. Und dann könne man sehr wohl diesen Antrag nochmal bringen, damit dann die Kommune aktiv werden kann. Aber nicht in vorseilendem Gehorsam, es fehlen doch jegliche Grundlagen und sie spreche mit Sicherheit niemandem in der Verwaltung Kompetenz ab. Es fehle die Zeit. Vor diesem Grund beantragt sie, erst warten und dann gerne diesen Antrag draufsetzen auf das, was vom Land kommt.

Der Vorsitzende stellt fest, FWG-UBN und CDU müssen sich nochmal einigen, was konkret gemeint ist. Den Antrag beschließen und auf Eis legen und reanimieren, wenn Sophia da ist oder ablehnen und dann kann jeder wieder einen Antrag stellen, wie er möchte.

Stadtverordnete Ulrike Bolz antwortet, die CDU-Fraktion möchte die zweite Option.

FWG-UBN- Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer möchte sich eigentlich dem anschließen, was die Kollegin Bolz eben gesprochen hat. Er wisse nicht, ob jemand von den Stadtverordneten professionelle KI in den Unternehmen einsetzt und was das bedeutet, sowas zu tun. Das heißt, es bindet Unmengen an Personal, Unmengen an Datenanalyse, Unmengen an Unternehmensberater, also so ein Spielzeugprogramm für eine Kommune, wie das hier beschrieben ist, diese Chatbots, das kann man zu Hause machen und Bilder verfälschen oder Artikel, was auch immer. Aber wer etwas professionell mache, der braucht Wissen. Und man müsse Datenmengen unterbringen. Das heißt, man braucht irgendwo eine Cloud. Also man komme nicht umhin, um solche Projekte für eine Kommune, die nur 14.500 Einwohner hat, das kann die gar nicht alleine stemmen. Er sei davon überzeugt, dass man diesen KI-Weg gehen soll. Aber bevor man hier beschliesse, Unmengen an Personal zu binden, die dort versuchen, Analysen zu betreiben und wenn sie am Ende nach einem Jahr feststellen, jetzt hat man alles zusammen, dann muss das umgesetzt werden. Da fehle die komplette Hardware, die kompletten Speicher, die gesamte Cloud und ehrlich gesagt, er traue es der Ekom21 nicht zu. Also von daher würde er sagen, ja, man lehnt den Antrag dann entsprechend ab, damit man dann den Weg gehe, den der Bürgermeister vorgeschlagen hat.

Stadtverordnete Judith Rahner geht auf den Punkt mit Sophia ein. Man habe ja jetzt schon mehrfach gehört, dass das eine Lösung für Chatbots ist. Der Antrag umfasse ja mehr als nur dieses eine Thema. Deswegen würde man das bei dem Punkt zu den Chatbots auf jeden Fall aufnehmen. Dass man sagt, bevor die Stadtverwaltung irgendwas in diese Richtung unternimmt, wartet man auf die entsprechende Lösung vom Land. Also das würde man in den vorliegenden Antrag mit aufnehmen. Weiter wisse sie nicht genau, was manche in dem Antrag lesen, was überhaupt nicht gefordert wird. Also weder, dass man riesengroße Dinge hier ausrollen will, es sei erst mal ein Prüfantrag. Und dabei gehe es darum, zu schauen, an welchen Stellen kann KI das Leben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung ja in erster Linie auch erleichtern. Sie glaubt, es sei auch etwas, das ganz stark auch die Attraktivität von Jobs erhöht, weil sich einfach die Tätigkeit verlagert hin auf interessantere Dinge, wenn man in der Lage ist, mit sowas zu arbeiten. Und letztendlich sei ja jeder sein eigener Prozessexperte und das wird beileibe nicht irgendwie eine einzelne Person machen. Das würde auch gar keinen Sinn machen, sondern sie glaubt, es sei total wichtig zu schauen, an welchen Stellen die Leute, die in der Stadtverwaltung arbeiten, sagen, das würde meinen Job erleichtern, wenn ich hier was nutzen könnte. Und das sei das, was der gemeinsame Prüfantrag sagt. Und nicht mehr und nicht weniger in diese Richtung zu schauen. Und deswegen halte man mit der eben gesagten Ergänzung auch nach wie vor daran fest.

Bürgermeister Birger Strutz stellt die rhetorische Frage, wen er in der Verwaltung um die Prüfung des Einsatzes von künstlicher Intelligenz befragen soll. Er sei sich sicher, er bekomme keine Antwort. Und er könne sagen, wenn er hier einen Prüfauftrag erhält, dann werde er Spezialisten suchen, werde in die Analyse gehen mit denen und werde fragen, was kostet eine Antwort auf diese gestellten Fragen.

Stadtverordneter Bernd Töpperwien bestätigt, dass es Geld kosten werde. Aber man werde sich dem nicht entziehen können. Man werde über kurz oder lang mit diesen Themen konfrontiert werden. Und seines Erachtens, und deswegen habe man ja auch den Antrag gestellt, hier die ersten beiden Punkte zu separieren,

sei es wichtig, darauf vorbereitet zu sein, was kommen wird. Das heißt, welche Aufgaben, welche Prioritäten anstehen, welches Prozesspotenzial da ist, damit man sich auch frühzeitig mit anderen Kommunen austauschen kann. Das sei ein Punkt, wenn es um den Austausch mit anderen Kommunen geht, das könne man in der Bürgermeisterrunde besprechen. Welche Schnittpunkte gibt es, wie könne man zusammenarbeiten. Das sei erst mal ein Vorabklären, dass man weiß, wenn das Land oder wer auch immer hier Programme ausrollt, was braucht man denn eigentlich. Damit sei auch kein großer Personaleinsatz notwendig. Deswegen wiederholt er nochmal den Antrag, die ersten beiden Punkte zu bearbeiten und nach Vorliegen des Ergebnisses und nachdem übergeordnete Stellen wissen, wo es hinlaufen soll, den Prozess zu starten. Man werde dann eh Personal dafür brauchen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt es ab, den Magistrat zu beauftragen, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in den Aufgaben und Prozessen der Stadtverwaltung zu prüfen. Dabei ist auch der Fokus auf die Aufgaben und Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch auf die Interaktion der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu legen.

Die Prüfung für den Einsatz von KI soll Folgendes umfassen, wobei die beiden ersten Punkte mit Priorität zu behandeln sind, um dann den Prozess zu starten:

- Aufgaben- und Prozesspotenzial für den Einsatz von KI im Austausch mit anderen Kommunen innerhalb und außerhalb des Kreises ermitteln.
- Das ermittelte Aufgaben- und Prozesspotenzial auf den Einsatz in unserer Stadtverwaltung hin zu prüfen und erste Anwendungsfälle (Use Cases) zu erstellen.
- Zu prüfen, welche technischen Voraussetzungen gegeben oder zu schaffen sind, um den Einsatz von KI in IT-Systemen und –Produkten der Verwaltung zu ermöglichen.
- Eine Kostenabschätzung für die Integration und den Betrieb erster Anwendungsfälle zu erstellen.
- Einschätzung zum zeitlichen Verlauf und Umfang für eine erfolgreiche Umsetzung/Integration erster Anwendungsfälle.
- Einbeziehung des ab Ende 2026 EU-weit beschlossenen Einsatzes der EUDI-Wallets (European Digital Identity Wallets) im Rahmen der eIDAS EU-Verordnung (Regelung für die elektronische Identifizierung und elektronische Vertrauensdienste).
- Mögliche zu beachtende juristische Fragestellungen die für den Einsatz von KI und deren Wirkung auf die Beschäftigten in Erfahrung zu bringen.
- Den Einsatz von Chatbot's zu prüfen, um das Bürgerbüro zu entlasten und um Antworten auch außerhalb der Öffnungs- und Dienstzeiten zu ermöglichen.

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimme(n), 10 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3. Punkte ohne Aussprache

3.1 Bebauungsplan Gewerbegebiet am Kellerborn 2. BA, 4. Änderung, Stadtteil Anspach Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 53/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Bebauungsplan Gewerbegebiet am Kellerborn 2. BA, 4. Änderung, Stadtteil Anspach auf dem Flurstück 481 (teilweise) der Gemarkung Westerfeld, Flur 4, aufzustellen. Planziel ist die Umwidmung eines Teils einer Maßnahmenfläche in ein Gewerbegebiet mit der Zweckbestimmung Stellplätze.
2. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. mit der Fa. Adam Hall GmbH einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, der die Kostenübernahme für das Bauleitplanverfahren und die Kosten für die Ver- und Entsorgung regelt.
4. den Magistrat zu ermächtigen, die frühzeitigen Beteiligungsverfahren (§§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB) durchzuführen und das Ergebnis vorzulegen.
5. den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.05.2023 – Drucksache XIII/99/2023 – aufzuheben, soweit er dem vorliegenden Beschluss widerspricht.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3.2 Änderung des Vorhabensbezogenen Bebauungsplans der Stadt-Neu-Anspach, Stadtteil Anspach „Rudolf-Diesel-Straße 1 und 2“ - Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13a BauGB -

Vorlage: 61/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die Änderung des Vorhabensbezogenen Bebauungsplans der Stadt Neu-Anspach, Stadtteil Anspach „Rudolf-Diesel-Straße 1 und 2“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzustellen und einen städtebaulichen Vertrag mit dem Vorhabenträger zu schließen.

Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück Gemarkung Anspach Flur 48, Flurstück 92.

Planziel ist das Baufenster des gültigen Bebauungsplanes zu drehen und zu vergrößern. Aufgrund des Grundstückszuschnittes ist die Drehung des Baufensters um 90° erforderlich, um die Räume im üblichen Rahmen anzuordnen. Gleichzeitig wird dadurch die Einsehbarkeit des Marktes von der Rudolf-Diesel-Straße verbessert. Die Verkaufsfläche soll von 1000 m² auf 1.200 m² vergrößert werden.

2. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. den Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen. Auf die frühzeitige Beteiligung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3.3 2. Änderungssatzung der Zisternensatzung / Satzung über den Bau und Betrieb von Niederschlagswassersammelanlagen in der Fassung vom 28.09.2023 Korrektur des Satzungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2023

Vorlage: 48/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I 2005, S.142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93) und § 37 Abs. 4 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 14.12.2010 (GVBl. I 2010, S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.06.2023 (GVBl. S. 473, 475), folgende

**2. Änderungssatzung zur Zisternensatzung
„Satzung über den Bau und Betrieb von Niederschlagswassersammelanlagen“
in der Fassung vom 28.09.2023**

Artikel I

§ 4

Herstellungspflicht und Verwendungspflicht

Jede Bauherrschaft hat bei der Ausführung ihres Bauvorhabens eine Niederschlagswassersammelanlage nach Maßgabe dieser Satzung zu errichten und das Niederschlagswasser zu sammeln und zu verwenden, sofern keine wasserwirtschaftlichen oder gesundheitlichen Belange entgegenstehen und ein Gebäude oder Gebäudeteile mit mehr als 50 m² Grundfläche errichtet wird.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen von der Herstellungspflicht

- (1) Die Herstellungspflicht entfällt, wenn
 - a) mehr als 80 % der neu errichteten Auffangflächen des Gebäudes oder Gebäudeteils begrünt werden. Die vegetationsfähige Substratauflage muss dabei mindestens sechs Zentimeter mächtig sein oder
 - b) die gesamten neu errichteten Auffangflächen nicht, auch nicht indirekt, in ein öffentliches Abwassersystem entwässern.
- (2) Auf Antrag kann der Magistrat der Stadt Neu-Anspach eine Befreiung von der Herstellungspflicht erteilen, wenn schwerwiegende Gründe gegen den Bau- und Betrieb einer Niederschlagswassersammelanlage sprechen. Ein solcher Grund ist z.B. ein erheblich über das normale Maß hinausgehender baulicher Aufwand. Der Antrag ist schriftlich zu begründen.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - a) § 4 der Herstellungs- und Verwendungspflicht nicht nachkommt,
 - b) § 6 eine Zisterne mit einem die vorgeschriebene Mindestgröße unterschreitenden Zisternenvolumen errichtet,
 - c) § 6 Abs. 1 und 2 zu wider handelt
 - d) § 7 Abs. 1 zu wider handelt,
 - e) § 7 die Gesamtanlage ohne die Inaugenscheinnahme der Stadt Neu-Anspach betreibt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- € geahndet werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Verwaltungsbehörde i. S. des § 36 Abs. 1 Nr.1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat der Stadt Neu-Anspach.

Artikel II

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die angesprochenen DIN-Normen können im Leistungsbereich Bauen, Wohnen und Umwelt eingesehen werden.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3.4 Freigabe Investitionszuschuss Erstellung Winterrasenplatz SG Westerfeld

Vorlage: 64/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Kenntnisnahme der Vorlage 64/2024.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3.5 Forsteinrichtungswerk

Vorlage: 52/2024

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, teilt verfahrensleitend mit, man nehme das Forsteinrichtungswerk zur Kenntnis. Abweichend von der Beschlussvorlage wird das Forsteinrichtungswerk nicht beschlossen, sondern zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Kenntnisnahme der Vorlage 52/2024.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4. Punkte mit Aussprache

4.1 1. Änderungssatzung zur Feuerwehrgebührensatzung der Stadt Neu-Anspach vom 28.09.2023 Änderung der Nummern 1.2 (Brandsicherheitsdienst) und 1.3 (Brandsicherheitsdienst für ortsansässige Vereine und karitative Träger 50 % der Gebühr 1.2) im Gebührenverzeichnis

Vorlage: 67/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 5, 51 Nr. 6 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I 2005 S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), jeweils in Verbindung mit den §§ 17 Abs. 3, 61 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (HBKG) in der Fassung vom 14.01.2014 (GVBl. 2014 S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.09.2021 (GVBl. S. 602) sowie der §§ 1 bis 5a, 9 und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2023 (GVBl. S. 582), folgende

1. Änderungssatzung zur Feuerwehrgebührensatzung der Stadt Neu-Anspach in der Fassung vom 28.09.2023

Artikel I

Gebührenverzeichnis zur Gebührensatzung für den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Neu-Anspach

1. Personalgebühren

1.2 Brandsicherheitsdienst je Einsatzkraft

1.3 Brandsicherheitsdienst für ortsansässige Vereine und karitative Träger 50 % der Gebühr 1.2

Personalgebühren		Gebühr (je 15 Min.)
Nr.	Bezeichnung	
1.2	Brandsicherheitsdienst (je Einsatzkraft)	5,00 €
1.3	entfällt	-

Artikel II

§ 10 In-Kraft-Treten

Die Änderungen treten am Tag der Vollendung ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig werden die bisherigen Nummern 1.2 (Brandsicherheitsdienst) und 1.3 (Brandsicherheitsdienst für ortsansässige Vereine und karitative Träger 50 % der Gebühr 1.2) außer Kraft gesetzt.

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.2 **Beschluss über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2021 und Entlastung des Magistrats**

Vorlage: 42/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Jahresabschluss 2021 nebst Prüfbericht. Gleichzeitig wird der Magistrat entlastet. Die im Prüfbericht aufgeführten Prüfungshinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Zuge des Jahresabschlusses wurden überplanmäßige Ausgaben festgestellt, die im Rahmen dieses Jahresabschlusses genehmigt werden (S. 326/382):

THH 04 Kultur und Wissenschaft 14.420,91 € (überplanmäßige Aufwendungen)

Beratungsergebnis: 30 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.3 **Betreuungsangebote an den Grundschulen Vorlage der Endabrechnung für das Haushaltsjahr 2023 und Abschlüsse 2024 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 100 HGO**

Vorlage: 56/2024

Für den Sozialausschuss berichtet Ausschussvorsitzende Karin Birk-Lemper, ergänzend zur Vorlage wurde im Sozialausschuss noch beschlossen, dass man prüft, ob man eine andere Institution beauftragt, die Betreuung wahrzunehmen.

Bürgermeister Birger Strutz gibt den Hinweis, dass ein Vertrag mit dem Kreis existiert. Den könne man natürlich kündigen. Aber zu bedenken sei auch, dass der Vertrag zum 01.02.2024 neu abgeschlossen wurde. Das war aus einer Debatte des vergangenen Jahres heraus. Und dass man dann auch in 2026 eine neue Betreuungsform bekomme. Und er glaube nicht, dass die Stadt vorher aus diesen Verträgen herauskommt. Das könne das Ergebnis der Prüfung sein.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, führt aus, er werde dann als erstes abstimmen lassen über das Votum des Sozialausschusses, also der Beschlussvorschlag bleibt, die Zahlungen müssen geteilt werden. Ergänzend kommt dazu, es soll zusätzlich geprüft werden, ob ein anderer Anbieter zu finden ist.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp erklärt, wie schon in den Ausschüssen werde die SPD-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen. Es sei ja bekannt, dass man das Betreuungsangebot, wie es derzeit an den Grundschulen in Neu-Anspach praktiziert wird, ablehnt. Es gehe darum, dass man zwei unterschiedliche Betreuungsformen hat, die unterschiedlich viel für die Eltern kosten und die Eltern dazwischen keine Wahlfreiheit haben. Dieses Modell habe man bei Beschlussfassung der ursprünglichen Vorlage kritisiert, weil es nach Meinung der SPD-Fraktion nicht sein kann, dass diese Wahlfreiheit nicht besteht, insbesondere wenn erhebliche

Kostenunterschiede im Raum stehen. Das sei jetzt die Fortsetzung dieser ursprünglichen Entscheidung. Gleichwohl sei es natürlich so, dass man einen bestehenden Vertrag mit dem Hochtaunuskreis hat und da nun mal mehrheitlich beschlossen wurde, dass so vorgegangen werden soll, an diesem Modell festgehalten wird, sind diese Verträge auch zu erfüllen. Demgemäß werde man die Vorlage nicht ablehnen, aber aus diesen genannten Gründen enthalten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zur Deckung der vom Hochtaunuskreis vorgelegten Endabrechnung für die Betreuungsangebote an den Grundschulen Hasenberg und Wiesenau für das Haushaltsjahr 2023 Nachforderungen in Höhe von 78.227,42 € sowie für die neuen Abschlagszahlungen 2024 insgesamt 70.300,00 €, mithin insgesamt 148.527,42 € durch überplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO zu genehmigen.

Betroffen sind die Kostenstellen 57361201 und 57361202 (Betreute Grundschulen Wiesenau und Hasenberg), Sachkonto 7122000 (Zuweisungen und Zuschüsse).

Es wird festgestellt, dass die Deckung über den Gesamthaushalt erfolgt.

Weiter wird der Antrag beschlossen, zu prüfen, ob ein mittelfristiger Umstieg auf freie Anbieter für das Betreuungsangebot möglich ist.

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 13 Stimmenthaltung(en)

4.4 Investitionen Förderprogramm "Zukunft Innenstadt"

Vorlage: 65/2024

Stadtverordnete Judith Rahner von der SPD-Fraktion erklärt, man werde seitens der SPD-Fraktion dem natürlich zustimmen. Die Neue Mitte sei für die SPD-Fraktion schon immer eine Herzensangelegenheit. Gerade auch, dass man das kurzfristig beleben könne, sei ein echter Mehrwert. Man begrüßt das ganz explizit und stimmt dem zu.

Stadtverordneter Roland Höser von der b-now-Fraktion berichtet, man habe sich gefragt, wenn eine zusätzliche Gastronomie hinkommt, werde dieser Container von der Stadt gekauft oder über dieses Fördergeld gekauft. Was passiere mit dem Ding, wenn es nicht funktioniert? Könnte ja auch passieren. Er fragt, ob dann Fördergelder zurückgehen müssen. Noch dazu finde man die Blumenwiese auf dem Feld der evangelischen Kirche relativ bedenklich. Da solle eigentlich mal was anderes geplant werden. Vielleicht könnte man ja eine Wiese nehmen, die langfristig tatsächlich grün bleiben soll.

CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Bolz sagt, die CDU-Fraktion werde der Vorlage mehrheitlich zustimmen. Selbstverständlich sage niemand in der CDU-Fraktion, das wird laufen. Selbstverständlich müsse man schauen, ob es funktioniert. Aber man sei sehr froh und habe lange genug davon geredet, dass auf diesem Platz was passieren soll und muss. Sie hatte es im Ausschuss auch schon gesagt, wenn drei junge Leute auf die Stadt zukommen und sagen, wir möchten was machen. Ja, es seien Fördergelder. Wenn sie es richtig verstanden habe, wird der Container gekauft. So stehe es in der Vorlage bzw. in der Präsentation. Man begrüße das sehr. Anregen möchte man, dass sich bei Zeiten um die Pflege nach dem Anpflanzen gekümmert wird. Es heißt von Seiten der Verwaltung, sie habe mit dem Leistungsbereich gesprochen, dass dann über Patenschaften nachgedacht werde, dass man da rechtzeitig darüber nachdenkt und eruiert, wer das tun könne. Aber grundsätzlich werde die CDU-Fraktion mehrheitlich zustimmen.

Bürgermeister Birger Strutz verweist auf die Beschlussvorlage bzw. die Präsentation. Dort stehe eindeutig, die Stadt kauft den Container.

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper von FWG-UBN-Fraktion möchte sich auch nochmal bedanken für diese Vorlage und muss dazu sagen, das sei allen seit langen Jahren ein Herzenswunsch. Sie müsse aber auch dazu sagen, dieser Platz war lange Jahre auch ein Treffpunkt und ein wunderbarer Herzensplatz. Man hatte hier, die Jüngeren werden sich nicht mehr so daran erinnern, mal einen Brunnen und man hatte auch eine Kugelbahn und es war ein Begegnungsplatz, aber das sei daran gestorben, dass es den Anwohnern zu laut war. Wenn man den Platz belebt, müsse man auch wissen, dass man ihn beleben will und dürfe dann nicht wieder sagen,

oh Gott, oh Gott, es stehen ja Leute auf diesem Platz. Das möchte sie heute nochmal mit einbringen. Das sei damals so gewesen, da sind alle Jugendlichen vertrieben worden, die Bänke abgebaut, damit da bloß keiner mehr sitzt. Man hatte auch Bäume, die mussten weg, weil sie falsch gepflanzt waren und die Platten hochgehoben haben. Also sie wolle doch mal kurz in die Vergangenheit gehen und sagen, das war mal ein sehr schöner Platz und man wollte ihn aber nicht unbedingt mit Menschen haben. Da musste sogar der Musikzug die Fenster schließen, um abends zu üben, weil das so laut war für die Nachbarn auf der anderen Seite. Also es sei eine Sache, die ihr noch mal ganz wichtig war, nachdem sie das lese, man tue so, als wenn man das neu erfindet, der Platz war schon mal ein ganz toller Platz.

Stadtverordneter Till Kirberg von der b-now-Fraktion erklärt, seine Fragen gehen in die gleiche Richtung. Das Erste wäre, welche Möglichkeiten gibt es, dass man dort vielleicht noch einen ordentlichen Schirm für Schutz vor einem sommerlichen Regenschauer hinbekommen könnte. Natürlich könne man sagen, die gehen dann alle ins Feldbergcenter rein, aber es wäre natürlich schön, wenn man da sitzen bleiben könnte, zumindest vielleicht an zwei Tischen. Das Zweite, und das sehe er ähnlich wie die Kollegin Birk-Lemper das auch schon vorgetragen hat, auch so ein bisschen als aufschiebende Bedingung. Die Frage sei ganz direkt, was war denn das Ergebnis der emissionsrechtlichen Prüfung. Müsse man hier um 18 Uhr dann praktisch die Luken des Containers schließen und dann sei Ruhe. In der Übersicht haben die Betreiber ja zum Beispiel auch Lautsprecher in den Investitionen genannt. Man könne auf der Karte ganz gut sehen, wie nah im Prinzip die nächsten Wohnhäuser sind. Zwar getrennt von einer Garagenanlage, aber da wohnen Menschen und gerade wenn da jemand im Schichtbetrieb arbeitet, würde er sich unwohl fühlen, heute ungeprüft zuzustimmen. Vielleicht sei wirklich wichtig, zu wissen, was ist da erlaubt. Welche Emissionen seien möglich? Welcher Betrieb sei da möglich an Außengastronomie, ohne dass die Stadt da in Probleme komme.

Regina Schirner, Vorsitzende der Fraktion Bündnis´90/Die Grünen, gibt an, auch ihre Fraktion freue sich, wenn dort wieder Leben einkehrt. Als Enduhrzeit, und es sei ja auch mehr oder weniger nur in den Sommermonaten, sei 22 Uhr vorgesehen, danach sei Feierabend und sie denke, die Verwaltung prüft das auch nochmal, ob das wirklich alles so rechtens ist. Man freue sich über die Belegung, der Container werde angeschafft, man habe die Fördermittel, die anderen Sachen werden auch gefördert. Der Container sei individuell einsetzbar und geht der Stadt nicht verloren, falls es dort wirklich nicht auf Dauer möglich sein sollte.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die in der Vorlage 65/2024 vorgeschlagenen Investitionen aus den verfügbaren Fördermitteln „Zukunft Innenstadt“ wie beschrieben zu realisieren. Sollte die evangelische Kirche sich widererwartend gegen die Überlassung der Wiese entscheiden, wird die Gestaltung des Staudengartens nicht umgesetzt.

Beratungsergebnis: 28 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

4.5 Gründung Jugendforum Neu-Anspach

Vorlage: 50/2024

Stadtverordnete Nicole Komma von der SPD-Fraktion begrüßt ganz ausdrücklich die Einrichtung eines Jugendforums, vielleicht auch dann einer Jugendvertretung für ihre Fraktion. Sie hätte allerdings noch zwei Fragen. Sei es angedacht, dass demnächst noch offene Treffen auch für weitere interessierte Jugendlichen mit angeboten werden oder der Kreis auch entsprechend erweitert werden kann? Wie sei da die Kommunikation? Laufe das wieder über die Schulen, wie das jetzt auch gelaufen ist? Und wie kommen die Jugendlichen in Neu-Anspach an die Daten bzw. Informationen, wann und wo vielleicht wieder so ein Treffen stattfindet? Und zweitens, von diesen 24 Jugendlichen, die sich da jetzt getroffen haben, wie sei da so grob die Altersstruktur? Das würde sie einfach noch mal interessieren.

Regina Schirner, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis´90/Die Grünen führt aus, dass die Grünen sich außerordentlich über diese Vorlage freuen, müsse jedem klar sein, denn hiermit werde der eigene Antrag aus dem Februar 2022 umgesetzt. Man freue sich auch, dass es gleich im ersten Anlauf oder in den ersten beiden Anläufen, in den ersten beiden Treffen doch recht viele Jugendliche waren, die sich interessiert gezeigt haben. Das freue ihre Fraktion sehr und man hoffe, dass das natürlich auch in guter Zahl fortgesetzt wird. Wenn sie es richtig verstanden habe, hat diese Woche auch die erste konstituierende Sitzung stattgefunden, um das Jugendforum zu gründen. Also auf jeden Fall hat noch mal ein Treffen stattgefunden., um das festzuzurren. Ihre Fraktion freue sich, dass es losgegangen ist. Es habe sich gezeigt in der Vergangenheit, dass die Jugendliche,

wenn es um ihre Interessen geht, sich konkret zu einem Projekt, zu einem Punkt, zu einem Thema einbringen wollen und dürfen, dass sie das dann auch tun und wenn mit dem Jugendforum jetzt zumindest ein erster Schritt getan wird, ihnen eine Plattform zu schaffen, sehe man das mehr als positiv und freue sich.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino weist daraufhin, konstituieren könne sich das Jugendforum natürlich erst, wenn es in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen ist. Aber es habe vorbereitende Treffen der Kinder und Jugendlichen, die von der Verwaltung moderiert wurden, gegeben, soweit er das wisse.

Bürgermeister Birger Strutz antwortet, die konstituierende Sitzung des Jugendforums, abhängig vom heutigen Beschluss, soll am 06.05.2024 stattfinden.

Stadtverordnete Charlotte Stöckl von der CDU-Fraktion berichtet, auch die CDU-Fraktion sei über die Vorlage und auch das ganze Entstehen des Jugendforums sehr erfreut und freue sich, dass sowas in die Wege geleitet wird, dass die Jugendlichen hier die Möglichkeit haben, sich über ihre Themen mit ihren Leuten austauschen zu können und man werde dementsprechend auch der Konstituierung zustimmen. Die CDU-Fraktion möchte allerdings, und das habe sie auch schon im Sozialausschuss angeregt, dem Jugendforum noch mitgeben, sich darüber Gedanken zu machen, wie es die Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung oder auch dem jeweiligen Ausschuss bzw. wahrscheinlich dem Sozialausschuss haben möchte und sich darüber natürlich auch in den eigenen Statuten Gedanken machen sollte. Das möchte man einfach auch dem Protokoll mitgeben. Das werde kein Antrag. Das solle einfach nur als kleiner Hinweis gemeint sein, dass man nach der Konstituierung dann gemeinsam mit dem Jugendforum überlegen kann, ob es eine Partizipation des Jugendforums bei den städtischen Gremien geben kann.

Stadtverordneter Bernd Töpferwien von der b-now-Fraktion begrüßt den Antrag auch und seine Fraktion sei der Hoffnung, dass es sich hier nicht um ein Strohfeuer handelt. In der Vergangenheit habe es, glaubt er, schon den einen oder anderen Versuch gegeben, etwas Ähnliches zu etablieren und das sei leider bisher immer von kurzem Erfolg gewesen. Also drücke man ganz fest die Daumen, dass es jetzt besser wird.

Der Vorsitzende antwortet, die Chance sei hoch, weil das ein niederschwelliges Angebot ist, was hier gemacht wird und das schreckt nicht ab, wenn man z.B. gleich zehn Satzungen braucht, um einen Jugendbeirat zu machen.

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper von der FWG-UBN-Fraktion begrüßt das für ihre Fraktion natürlich auch, man habe es auch die ganzen Jahre begrüßt, dass man mit der Jugend in den Dialog kommt und das sehe man ja auch an vielen Orten, gerade über die Vereine, dass das gelingt, dass Politik mit den jungen Menschen auch in den Dialog geht, Partizipation, dass sie teilhaben an ihrer Gesellschaft, dass die Stadtverordneten fragen, was sie brauchen. Man habe das Jugendhaus, man habe Jugendtreffs, man habe Treffs, die noch an anderen Stellen stattfinden und hatte auch vor langen Jahren schon mal Jugendworkshops, die auch schon gut angenommen wurden, aber jetzt habe man das Jugendforum und es sei ein guter Versuch, das zu tun und man müsse auch nicht traurig sein, wenn der eine oder andere weggeht und der nächste dazukommt. Das sei ein junges, dynamisches Gremium und von daher wünsche man denen jetzt einfach gutes Gelingen und gebe gar nicht so viel gute Ratschläge mit. Sie bedankt sich für die Vorarbeiten, die im Vorfeld im Rathaus geleistet wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Konstituierung des Neu-Anspacher Jugendforums zuzustimmen. Außerdem wird beschlossen, die Clubräume des Bürgerhauses für die Zusammenkünfte des Jugendforums kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis: 29 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.6 Ersatzwahl von 2 Vertretern für den Wirtschaftsbeirat der Stadt Neu-Anspach, Ersatzwahl eines Stellvertreters der Stadt Neu-Anspach für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Verkehrsverband Hochtaunus" sowie eines Stellvertreters für den kirchlichen Kindergartenausschuss

Vorlage: 54/2024

Beschluss:

Nachdem sich gegen eine offene Abstimmung keine Einwände erheben, wählt die Stadtverordnetenversammlung

- 1) Herrn Günther Lurz als Vertreter der NBL-Fraktion in den Wirtschaftsbeirat der Stadt Neu-Anspach,
- 2) Herrn Roland Höser als Vertreter der b-now-Fraktion in den Wirtschaftsbeirat der Stadt Neu-Anspach,
- 3) Herrn Bernd Töpferwien als Vertreter des Stimmführervertreters der Stadt Neu-Anspach in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Verkehrsverband Hochtaunus“,
- 4) Herrn Till Kirberg als Stellvertreter der Stadt Neu-Anspach in den kirchlichen Kindergartenausschuss.

Beratungsergebnis: 27 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

5. Mitteilungen des Magistrats

5.1 Weiteres Vorgehensweise zum Projekt Taunus Sparkasse und Pflegeeinrichtung auf dem Grundstück Gewerbegebiet In der Us

Vorlage: 51/2024

Mitteilung:

Die Verwaltung teilt mit, dass für das im Betreff genannte Projekt eine Änderung der Verfahrensart vorgesehen wird. Hierüber erfolgt in der Sitzung des Bauausschusses am 18.06.2024 eine ausführliche Vorlage zur Änderung und Neufassung des am 11.05.2023 gefassten Aufstellungsbeschlusses.

Die Änderung umfasst den Beschlussvorschlag zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 12 BauGB für das Grundstück Gewerbegebiet In der Us.

Um die Anwesenheit aller Projektbeteiligten in der Sitzung des Bauausschusses zu ermöglichen, ist es notwendig, die Termine des Sozial- und Bauausschusses im Juni zu tauschen.

Somit erfolgt die Sitzung des Bauausschusses am Dienstag, 18.06.2024 und die Sitzung des Sozialausschusses am Mittwoch, 19.06.2024.

5.2 Friedhofsstatistik 2023

Vorlage: 59/2024

Mitteilung:

Auf Wunsch des Magistrats aus dem Jahr 2022 wird ab sofort jährlich eine Statistik über die Fallzahlen sowie die Bestattungs- und Grabstättenarten auf den fünf Neu-Anspacher Friedhöfen veröffentlicht.

Zum besseren Vergleich bzw. zum Erkennen einer Entwicklung sind die vergangenen Jahre mitaufgeführt.

5.3 Bücherei - Leserzuwachs - Vergleich des jeweils 1. Quartals ab 2021

Vorlage: 60/2024

Mitteilung:

Bereits ab dem Jahr 2022 hat sich abgezeichnet, dass das Interesse an unserer Bücherei und ihrem Medianangebot wächst. Die Abschaffung der Jahresgebühr für Kinder und Jugendliche in 2022 hat sich sofort mit einem Zuwachs von 30 jungen Leserinnen und Lesern im ersten Quartal bemerkbar gemacht. Dies war im

Vergleich zum Jahr 2021 mit 5 Leserinnen und Lesern ein enormer Zuwachs, der in diesem Jahr mit 44 neuen Leseausweisen noch einmal übertroffen wurde.

Auch die Kindertagesstätten und Schulen zeigen wieder mehr Interesse an unserer Bücherei.

Bei den Neuanmeldungen der Familien- und Erwachsenenausweise ist ebenfalls ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Allein vom ersten Quartal 2022 auf das erste Quartal 2023 hat sich die Zahl der ausgegebenen Ausweise fast verdoppelt. Die Anzahl dazugehörigen Leserinnen und Leser ist von weiteren 47 auf zusätzliche 75 gestiegen. Im ersten Quartal dieses Jahres ist die Anzahl der Leserinnen und Leser noch einmal um 93 gewachsen, bei einer Ausgabe von 35 neuen Leseausweisen.

Wir freuen uns sehr, dass wir im ersten Quartal 2024 monatlich knapp 45 neue Leserinnen und Leser altersübergreifend hinzugewinnen konnten.

Die Vergleichszahlen für das jeweils erste Quartal der Jahre 2021-2024 sind in Tabellenform als Anlage beigefügt.

5.4 Taunusbahn-Desaster Schreiben der Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2023 sowie Schreiben des VHT vom 21.03.2024

Vorlage: 72/2024

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Tagesordnung in den Bereich „mit Aussprache“ überführt. Der besseren Übersicht wegen erfolgt die Protokollierung an der ursprünglichen Stelle.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Kevin Kulp gibt an, dazu müsse er ein paar Nachfragen stellen, denn die Vorlage war nicht in den Ausschüssen. Er will die Nachfragen insbesondere deshalb stellen, weil er über einen sehr außerordentlichen Satz in der Mitteilung gestolpert sei. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 21.12.2023 einen Brief, den die Kollegin Eisenkolb und er initiiert hatte, an den RMV und den VHT gesendet und nun sei in der Vorlage folgender Satz zu lesen, aufgrund von Unvermögen ist dies erst am 11.03.2024 geschehen. Es sei keine weitere Erklärung enthalten und es werde auf die Antwort des VHT verwiesen. Da würde ihn dann schon mal interessieren, was bitte könne er als einfacher Stadtverordneter unter dem Satz „aufgrund von Unvermögen ist das erst drei Monate später geschehen“ verstehen und die wesentlich wichtigere Frage, wie wolle der Bürgermeister garantieren, dass insbesondere Eilbriefe, die man hier beschließe, in Zukunft dann nun auch rechtzeitig versendet werden und sowas nicht nochmal passiert.

Bürgermeister Birger Strutz antwortet, es sei schlicht und einfach versäumt worden. In der Verwaltung sitzen Menschen, nicht KI-gesteuert und auch nicht Roboter-gesteuert, es ist vergessen worden, man habe es diskutiert, man habe darüber gesprochen und somit sei es zu dieser Verzögerung gekommen, da stehe er mit dem zuständigen Mitarbeiter zu, deswegen habe man es auch reingeschrieben. Ob es jetzt Unvermögen heißen muss oder der Mitarbeiter hat es verschlafen, darüber könne man jetzt debattieren.

Stadtverordneter Dr. Kevin Kulp erläutert nochmal, sein Grund für die Nachfrage war, dass man in langer Diskussion und viel Arbeit etwas beschlossen hat, was dringend war. Er glaubt, das wurde in sehr vielen Redebeiträgen aller Fraktionen, auch während der Debatte, deutlich und da habe er doch als Stadtverordneter, der es beschlossen hat und den Beschluss in dem Fall auch mit entworfen hat, doch ein Interesse daran, dass das zeitnah umgesetzt wird. Und aus dem lapidaren Satz aufgrund von Unvermögen könne er nicht nachvollziehen, was nun der Hintergrund war. Wenn es sozusagen ein einmaliges Versehen war, wie vom Bürgermeister dargestellt, der Mitarbeiter hat es verschlafen, das kann immer mal passieren, überall sitzen Menschen, da habe er nichts daran auszusetzen. Wenn es ein Verwaltungsvorgang war, der hier irgendwie schief gegangen ist, dann habe er daran was auszusetzen.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, führt aus, das Gute an der Sache sei, es ist durch dieses, er nennt es mal Versäumnis, nichts kaputt gegangen. Weil alle damit unzufrieden sind, das wissen alle und arbeiten auch dran, aber mit einem unbefriedigten Ergebnis, das sage er auch ganz klar, gerade was die Kommunikation auch anbetrifft. Er habe sich auch sehr darüber geärgert, dass das Schreiben so spät versendet wurde. Er habe das so verstanden, das war ein Versäumnis. Er werde zukünftig bei solchen Beschlüssen auch ein Auge drauf haben. Aber er habe es so verstanden, es war ein Versäumnis, das kann natürlich passieren, aber darüber kann man sich ärgern. Aber er sagt noch einmal, es ist deshalb nichts passiert. Die Nachfrage dazu sei natürlich auch berechtigt.

Mitteilung:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2023 wurde das vorbereitete Schreiben an die drei genannten Empfänger (RMV Vorstand, RMV Aufsichtsrat und Verkehrsverband Hochtaunus) versendet.

Aufgrund von Unvermögen ist dies erst am 11.03.2024 geschehen.

Die Antwort des Verkehrsverbands Hochtaunus auf das Schreiben liegt jetzt vor.

Zum besseren Verständnis ist der Beschluss bzw. das Schreiben vom 21.12.2023 beigefügt.

6. Liste offener Punkte / Beschlusskontrolle

7. Anfragen und Anregungen

7.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU, Bündnis '90/Die Grünen und FWG-UBN zum Wasserverbrauch der SG Westerfeld im Jahr 2023 sowie in den Vorjahren inkl. Benennung der Entnahmekquellen

Vorlage: 75/2024

Beschluss:

Die Fraktionen CDU, Bündnis '90/Die Grünen und FWG-UBN stellen folgende Anfrage an den Magistrat:

Bitte stellen Sie den Wasserverbrauch der SG Westerfeld auf dem Sportgelände für das Jahr 2023 und, soweit möglich, auch für die vergangenen Jahre dar und benennen die Entnahmekquellen. Die Ergebnisse stellen Sie bitte zur nächsten Sitzungsrunde zur Verfügung.

8. Sonstige Anfragen und Anregungen

8.1 Sonstige Anfragen und Anregungen

Stadtverordnete Karin Birk-Lemper fragt nach dem aktuellen Sachstand der Baumaßnahme in der Raiffeisenstraße 14.

Bürgermeister Birger Strutz antwortet direkt, dazu gebe es eine gesicherte Erkenntnis, die hat die Verwaltung in dieser Woche erreicht. Es kam eine Information der Bauaufsicht ins Rathaus mit der Information, Achtung, Baustopp, da kein Bauleiter mehr vor Ort. Das ist das, was er gesichert weitergeben kann. Es gibt weitere Versionen, die könne er aber nicht gesichert bestätigen.

8.2 Sonstige Anfragen und Anregungen

Stadtverordneter Stefan Ziegele hat eine Anfrage zu dem Beschluss vom 28.09.2023, konkret zum Antrag von der b-now, der SPD und von ihm selbst, zur Änderung der Geschäftsordnung betreffend der Zusammenlegung von Anträgen. In den offenen Punkten steht, dass er zum 31.12.2023 hätte erledigt werden müssen. Gibt es ein Problem damit, weshalb er jetzt zu Ende April noch nicht erledigt ist, dass noch nichts passiert ist?

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, antwortet, dass dies geprüft wird. Wenn es noch nicht veröffentlicht wurde, wird es nachgeholt.

8.3 Sonstige Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, nutzt die Gelegenheit, noch einmal eine liebe Kollegin zu verabschieden. Frau Eisenkolb habe ihm mitgeteilt, dass das heute ihre letzte Sitzung ist. Anke Eisenkolb wird umziehen in einen Ort, den er noch nicht kennt, Henstedt-Ulzburg. Er glaubt, das dürfe er sagen. Der Ort sei wahrscheinlich nördlich von Neu-Anspach. Er darf sich zunächst einmal im Namen des Hauses, wie auch in der letzten Sitzung bei Herrn Otto, bedanken für die Mitarbeit, auch in den Ausschüssen, für den einen oder anderen Impuls, auch das Schreiben bezüglich der Taunusbahn, dabei habe sie sich ja auch entsprechend eingesetzt, dass dies so beschlossen wurde, aber auch für ihre sonstigen Wortbeiträge und ihre Mitarbeit. Er wünscht ihr, im Namen der Kolleginnen und Kollegen, alles, alles Gute, persönlich, beruflich und vielleicht auch noch politisch. Das wird man dann an der anderen Stätte sehen. Alles, alles Gute und herzlichen Dank.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, bedankt sich für die zügige Abwicklung der Tagesordnung und bittet die Mitglieder des Ältestenrats, dass man sich kurz vielleicht auf der Bühne zusammenstelle. Es geht schnell. Vielen Dank. Er wünscht allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg und schließt die Sitzung um 21:28 Uhr.

Holger Bellino
Vorsitzender
Stadtverordnetenversammlung

der

Mathias Schnorr
Schriftführer